



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 964), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 4, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. FURLONG, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Donnerstag, den 29. Januar 1920

No. 275

Reorganisation des Staatsdepartements

Wird von Staatssekretär Lansing gefordert; die Ver. Staaten haben jetzt das wirtschaftliche Übergewicht in der Welt erhalten.

Diplomatie u. Handel müssen gemeinsam handeln

Washington, 29. Jan.—In einem gestern dem Senat eingereichten Bericht erklärt Staatssekretär Lansing, daß die Ver. Staaten durch die Ergebnisse des Krieges, ohne darauf hingearbeitet zu haben, sich in einer Stellung wirtschaftlichen Übergewichts befinden, wie sie von Deutschland begehrt und durch Angriffskrieg und Machtpolitik erstrebt wurde.

Dieser Bericht ist die Antwort auf einen Senatsbeschluss, der von den Chiefs der verschiedenen Departements Auskunft über die Schritte verlangte, welche zur Förderung des auswärtigen Handels der Ver. Staaten unternommen worden seien, und Sekretär Lansing gibt darin seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Staatsdepartement, insbesondere der Teil, der sich mit Handelsproblemen beschäftigt, einer vollständigen Reorganisation bedürftig ist.

„Der europäische Krieg“, sagt Herr Lansing, „kam im Jahre 1914 den Ver. Staaten deswegen so überraschend, weil das Staatsdepartement durch seine ungenügende Ausrüstung nicht imstande war, die nötigen Informationen zu sammeln und in einer Weise zu deuten, welche die verborgenen Motive offenbaren, durch welche die Feindseligkeit beschleunigt wurde. Die Regierung kann kein Ladel für diese Schlafheit treffen, wenn man die allgemeine Zuerst in der Macht internationaler Gerechtigkeit in Betracht zieht; aber jetzt dürfen nach den gemachten Erfahrungen keine Anstrengungen gespart werden, derartige Uebertreibungen für die Zukunft unmöglich zu machen.“

Britisches Darlehen für Oesterreich

Wien, 29. Jan.—Unoffizielle Berichte belagern, daß die Republik Oesterreich in England ein Darlehen von einer Milliarde Kronen untergebracht hat.

Werbetroffel wird gerührt werden

Washington, 29. Jan.—Kriegssekretär Baker hat an alle Gouverneure des Landes ein Schreiben gerichtet, laut welchem sie mit der Bundesregierung Hand in Hand bei der Anwerbung von Rekruten für die Landarmee arbeiten sollen. Die Woche vom 22. bis zum 29. Februar ist als „Rekrutwerbungswoche“ zu betrachten, in welcher die Aufmerksamkeit aller Bürger auf die Vorteile gelenkt werden, die der Dienst in der „Bürgerarmee“ bietet. Nicht nur werden Organisationen, welche die Werbetroffel-Kampagne leiten, zur Hilfe herbeigeholt werden, sondern auch alle patriotischen Vereinigungen und die Kirchen.

Deutschland's Vertreter in Paris

Paris, 29. Jan.—Der Persönlichkeit des neuen Vertreters Deutschlands, Wilhelm Mayer-Kaufmann, der neulich zum Geschäftsträger ernannt wurde, und der nunmehr in Paris eingetroffen ist, wird beträchtliches Interesse geschenkt. Sein Name ist einfach Wilhelm Mayer, der Name Kaufmann ist nur hinzugefügt worden, um ihn von dem gleichnamigen Trägen des Namens Mayer in allen Gegenden Deutschlands zu unterscheiden. Kaufmann ist der Name des bayerischen Bezirks, in dem er ursprünglich als Reichstagsabgeordneter gewählt wurde. Der neue Geschäftsträger wurde am 27. in Entenbach in der Pfalz von reichen katholischen Eltern geboren. Er war Anwalt in München und wurde 1901 in den Reichstag und 1907 in den bayerischen Landtag gewählt. Letztes Jahr wurde er Finanzminister im Ministerium von Bayer. Sein Vermögen wurde vor dem Krieg auf 5,000,000 bis 6,000,000 Mark geschätzt. Seine Frau wurde als Tochter deutscher Eltern in Mexiko geboren.

Deutschland auf sich allein angewiesen

Ackerbauminister Braun sagt im Landtag, daß man schlimmeren Zeiten entgegenstehe.

Berlin, 29. Jan.—Gelegentlich der Debatte über die Nahrungsmittelfrage sagte der preussische Ackerbauminister Braun im Landtage unter anderem: „Die Deutschen haben jetzt erst das Jammerthal, das sie zu durchwandern haben, erreicht; wir gehen noch schlimmeren Zeiten entgegen; die Massen müssen erkennen, daß unsere einzige Hoffnung in vermehrter Arbeit liegt.“ Der Minister machte dann die erstaunliche Ankündigung, daß Deutschland bald an dem Punkte angelangt sein wird, wenn es nichts im Ausland zu kaufen können; es sei dann einzig und allein auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen.

Kongress soll Europa Darlehen gewähren

Washington, 29. Jan.—Präsident Wilson erneuerte gestern durch einen Brief an den Finanzsekretär G. H. Wood den Kongress mit dem Ersuchen, einen Kredit von \$150,000,000 für Oesterreich, Polen und Armenien zu eröffnen, um den Zuständen, welche diese Länder mit einem „sittlichen und materiellen Chaos“ bedrohen, abzuwehren. Sekretär Wood überreichte diesen Brief ohne Kommentar an das Hauskomitee für Mittel und Wege, und das Komitee verwarf die Erwägung desselben auf heute, weil es heute weitere Konferenzen mit Beamten des Schwabens hinsichtlich der Darlehen und der finanziellen Lage im allgemeinen haben wird. Es liegen keine Änderungen über den Zeitpunkt vor, an dem das Komitee über das Ersuchen des Sekretärs G. H. Wood ein gültig beschließen wird.

Gompers verdammt Bolschewismus

Washington, 29. Jan.—In einem Artikel in der laufenden Nummer des „Federationist“, des offiziellen Organs der American Federation of Labor, verdammt Samuel Gompers den Bolschewismus „vollständig, endgültig und für alle Zeiten.“ Er hält die Propaganda der bolschewistischen Organisation und der Agitatoren in ihrem Solbe für weniger gefährlich als die Propaganda von solchen, die gänzlich von russischem Einfluß und russischen Zustimmungen unabhängig sein wollen, und hält die bolschewistische Veröffentlichungen für weniger einflussreich, als die sogenannten „Uebereizungsjournale“, wie die „Nation“, den „Dial“ und die „New Republic“. Unter Bezugnahme auf die bolschewistische Verfassung erklärte Gompers, daß das bolschewistische Proletariat in Wirklichkeit nur eine Minderheit und nicht die Massen der russischen Industriearbeiter vertritt. Er gibt Belege für die Behauptung, daß die Arbeiterverbände an die Wand gedrückt und Zwangsarbeit eingeführt worden sei, was in direktem Gegensatz zu der Auffassung der amerikanischen Republik steht.

Lloyd George wird heftig angegriffen

London, 29. Jan.—Der Welsch Liberale Walter Rother, der früher dem Parlament angehörte, veröffentlichte hier ein kühnes erregendes Buch, das den Titel führt: „Der Lloyd George und der Krieg.“ Rother behauptet darin, Lloyd George habe gegen den Krieg angekämpft und habe Englands Eintritt über eine Woche verzögert. Grey, Cadogan, Crewe, Churchill, McKenna und Curzon hätten, wie Rother sagt, bereits am 30. Juli beschlossen, daß England in den Krieg eintreten werde, aber die Mehrheit des Kabinetts unter Lloyd Georges Führung hielt die endgültige Entscheidung noch um 5 Tage zurück. Rother erklärt nun, der Krieg hätte vermieden werden können, wenn sich Lloyd George früher zu dem Standpunkte Aquität begeben hätte. Das Buch endigt in einem ironischen Angriff auf Lloyd George, und Rother schreibt darin, der Krieg sei endlich zu einem Ende gekommen, und die große Mehrheit der Nation habe, ihre eigenen Opfer bringend, ihren eigenen unabweisbaren Glauben an den endgültigen Sieg außer Acht lassend, wie ein Mann Lloyd George dankbar gepriesen, daß er den Krieg gewonnen habe.

Sekr. Baker protestiert gegen Schiffsverkauf

Washington, 29. Jan.—Kriegssekretär Baker hat dem Verkauf ehemaliger deutscher Schiffe durch die Bundes-Schiffahrtsbehörde durch einen Protest vorläufig Einhalt geboten, indem er geltend macht, daß eine Anzahl derselben von den Ver. Staaten als Transporthilfsdampfer benutzt werden. Auch hat sich Baker an das Senatskomitee für den auswärtigen Handel gewendet, das beauftragt ist, Pläne für eine große amerikanische Handelsflotte zu unterbreiten. Er geht von der Meinung aus, daß viele dieser Schiffe der amerikanischen Handelsmarine einverleibt werden können.

Schweizer Gesandtschaft gibt Winke für Deutschland-Reisende.

Neue Visum-Vorschriften für Amerikaner.—Wer ein amerikanischer Bürger ist, kann Visum und Zutritt nach Deutschland erhalten, wenn er sich ein Empfehlungsschreiben des Gesandten verschafft.

Für alle Deutschen, Oesterreicher und Amerikaner, die nach oder durch Deutschland reisen wollen, ist es von Wichtigkeit, das von der Schweizerischen Gesandtschaft in Washington an die Schweizerischen Konsulate in den Ver. Staaten gerichtete Zirkular No. 66 aufmerksam zu studieren, besonders für amerikanische Bürger, die nach Deutschland reisen wollen. Dieses Zirkular enthält das Handschreiben eine Mitteilung, die ihnen willkommen sein wird, da sie ihnen den Weg zeigt, wie sie die Gefahr entgegen können, an der deutschen Grenze zurückgewiesen zu werden. Man lese gründlich im nachfolgend wiedergegebenen Zirkular den Paragraphen 3 „Wiaerteilung an Amerikaner“ aufmerksam durch. Das Zirkular No. 66 hat folgenden Wortlaut:

Washington, 31. Dez. 1919.

An alle Schweiz. Konsulate.

Herr Konsul!

Die in meinem Telegramm vom 6. November 1919 enthaltenen Instruktionen betrefis Wiaerteilung beziehe ich mich wie folgt zu ergänzen:

1. Wiaerteilung an Deutsche. Die Konsulate sind ermächtigt, die Pässe deutscher Reichsbürger ohne weiteres zu visieren.
2. Wiaerteilung an Oesterreicher. Die Konsulate sind ermächtigt, die von der schwedischen Gesandtschaft in Washington ausgeteilten Pässe österreichischer Staatsangehöriger ohne weiteres zu visieren, jedoch nur für die Durchreise durch Deutschland.
3. Wiaerteilung an Amerikaner. Bis jetzt ist die Gesandtschaft noch nicht ermächtigt gewesen, die Pässe amerikanischer Bürger, die nach Deutschland reisen wollen, zu visieren. Infolge der Abreise unmöglich gemacht worden, da die Vertreter verschiedener an Deutschland angrenzender Länder das Schweizer Visum verlangten, bevor sie das ihrige erteilten.

Budget-Verwaltung erscheint gesichert

Beide Häuser über dessen Notwendigkeit einig; Einzelheiten müssen verglichen werden.

Washington, 29. Jan.—In beiden Häusern des Kongresses werden Anstrengungen gemacht, ein nationales Budgetgesetz unter Dach und Fach zu bringen, ehe die heutige Sitzung des Kongresses zu Ende geht. Senator McCormick, der Vorsitzende eines Spezialkomitees zur Ausarbeitung von Budgetvorlagen und Urheber einer dem Senat augenblicklich vorliegenden Vorlage, versichert, daß eine neue Vorlage dem Senat umgehend eingereicht werden wird. Das Haus hat bereits eine Budgetvorlage angenommen. Die größten Schwierigkeiten werden sich einstellen, wenn die Vertreter beider Häuser sich zu Kompromißberatungen über die Abweichungen in den Einzelheiten der Haus- und Senatsvorlagen veranlassen; das glauben die Freunde des Budgetsystems in beiden Häusern, daß die Schwierigkeiten nicht so ernstlicher Natur sein werden, daß dadurch die Hauptidee gefährdet werden könnte. Die Budgetvorlage wird vom Kongress als ein Teil seines Programms zur Reduzierung der hohen Regierungsunkosten mit Eifer betrieben. Die Führer beider Parteien üben den größtmöglichen Druck aus, um die dahingehende Gesetzgebung von den Parteikonventionen im Juni durchzuführen.

Sechzehn Distillen in N. Y. beschlagnahmt

New York, 29. Jan.—Sechzehn Miniaturdestillieranlagen wurden von den Prohibitionsagenten in New Yorker Privatbäusern aus dem Dunkel verschwiegener Keller ans Licht gebracht. Die meisten dieser Destillieranlagen stellten erhellende noch im Schimmer angebrachter Reue dar, da sie erst von ihren Eigentümern erworben worden waren. Die feinen Ratten der Prohibitionsagenten erhielten Witterung von der Fabrik, welche diese willkommenen Reue auf den Markt warf und beschlagnahmte die Liste aller Käufer einer solchen Einrichtung. Es wurden keine Verhaftungen vorgenommen; die Leute wurde einfach dem rasch amwachsenden „Prohibitionsmuseum“ der Regierung einberleibt.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute nacht und Freitag; wärmer heute abend.

Für Nebraska — Schön heute nacht und Freitag; etwas wärmer im östlichen Teil.

Für Iowa — Schön heute nacht und Freitag; etwas wärmer heute abend.

— Wohnort auf diese Zeitung.

Alle Hoffnung auf Vereinbarung dahin

Der Kampf um die Einwände zum Friedensvertrag wird vor dem Senat zum Austrag gebracht; Lodge gibt nicht nach.

Sen. Hitchcock opponiert dem Plane Underwoods.

Washington, 29. Jan. (United Press.) Zum letzten Mal wird heute nachmittag die Zweiparteienkonferenz versucht, die Ratifikation des Friedensvertrags am Leben zu erhalten. Inzwischen angelehnt der Resolution der unüberwindlichen Republikaner und der festen Haltung des Senators Lodge, der von einer Wiederrücknahme der Einwände gegen Artikel X und der Monroe Doktrin nichts wissen will, ist man in interessierten Kreisen der Ansicht, daß es verlorene Nervenarbeit sein wird, die Konferenz weiter fortzusetzen. Führer im Senat, darunter viele, denen ernstlich darum zu tun war, der so lange hingezogenen Debatte über den Friedensvertrag ein Ende zu machen, geben freimütig zu, daß sie keine Hoffnung mehr auf eine Vereinbarung hätten. Und dies bedeutet, daß der Kampf im Senat selbst ausgefochten werden muß. Die Demokraten kamen nach einer längeren Debatte der Lage zu der Ansicht, daß wenn sich die Zweiparteienkonferenz heute nachmittag als völlig resultatlos erweisen sollte, sie im Senat solche Modifikationen des Vertrags, wie sie von den Demokraten vereinbart wurden, unterbreiten müßten. In einem solchen Falle wollen sie dann auf einer Abstimmung darüber bestehen. Senator Hitchcock wird nicht geben, daß die Angelegenheit binnen zehn Tagen im Senat zur Debatte angeworfen werden soll. Er sagte er lege diese Frist fest, um allen Senatoren Gelegenheit zu geben, am Abend zu sein. Sobald die Zeit kommt, sagte Hitchcock, wird er beantragen, die Debatte über den Vertrag wieder aufzunehmen. Er ist überzeugt, daß die Mehrheit der Senatoren für seinen Antrag sein wird.

Hitchcock plant, die Einwände, über welche sich die Zweiparteienkonferenz geeinigt hat, zur Abstimmung zu unterbreiten. Dadurch wird ein Basis geschaffen, auf welcher man weiter arbeiten kann. Er erklärt, daß er lieber mit den Einwänden vor dem Senat treten, als den Underwood-Plan unterstützen wird, der darauf hinausgeht, ein sogenanntes Versöhnungskomitee zu ernennen, dessen Aufgabe es sein soll, die Verhandlungen der Zweiparteienkonferenz zu beenden.

Ebert unterliegt im Kampfe mit „Satyr“

Berlin, 29. Jan.—Präsident Ebert und Reichswehrminister Noske haben ihren Prozeß gegen den Herausgeber des humoristischen Wochenblattes „Satyr“ verloren. In dem Blatte waren die Mitglieder des Kabinetts in Form verschiedener Tiere dargestellt mit der Unterschrift: „Unsere Menagerie“. Ebert und Noske waren die einzigen Mitglieder der Regierung, welche Klage anstifteten. Der Beklagte hatte eine Anzahl Berliner Redakteure und Schriftsteller als Zeugen vorgeladen, unter ihnen Graf Reventlow von der „Tages-Zeitung“, und George Bernhard von der „Bolschewischen Zeitung“. Gegen Ebert trug er vor, die Lebensweise des Präsidenten sei weit entfernt von spartanischen Einfachheit und er habe nicht die gehörige Zurückhaltung beobachtet, die man von dem deutschen Präsidenten in der gegenwärtigen Lage zu erwarten hätte.

W. H. Hayes ernannt Kampagne-Komitee

San Francisco, 29. Jan.—Der Vorsitzende des republikanischen Nationalkomitees William H. Hayes hat das Plattenkomitee und dasjenige für Parteipolitik ernannt. Dasselbe besteht aus den zwölf Mitgliedern des Nationalkomitees und annähernd 100 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts aller Lebensstellungen. Bei Beschlüssen der Mitglieder dieses Komitees sagte Hayes: „Dieses Komitee hat die Aufgabe, Vorschläge von Männern und Frauen, denen das Wohl der Partei am Herzen liegt, entgegenzunehmen; die brennenden Tagesfragen genau zu studieren und dann das Resultat ihrer Erfahrungen dem Nationalkomitee bei der Nationalkonvention nächsten Juni zu unterbreiten. Sie tragen eine große Verantwortung, denn sie sollen in Erfahrung bringen, wessen die Nation bedarf. Unter denjenigen, die die Ernennung angenommen haben, befinden sich: Ogden L. Mills, New York, Vorsitzender des Exekutivkomitees; Gouverneur Henry Allen, Kansas; Albert J. Beveridge, Indiana; Senator Arthur Capper, Kansas; Senator Albert Cummins, Iowa; Kongressmann Julius Rain, North Dakota; Senator W. B. Hall, New Mexico; Sprecher Frederick H. Gillett, Massachusetts; General George W. Goethals, Washington, D. C.; Kongressmann James W. Good, Iowa; Charles Evans Hughes, New York; Kongressmann Frank W. Mondell, Wyoming; Kongressmann John S. Nolan, California; Gouverneur Peter Norbeck, Süd-Dakota; Kongressmann C. Frank Neavins, Nebraska; Theodor Roosevelt, Jr., New York; Elihu Root, New York; W. Schingle, Honolulu, und William Howard Taft, Connecticut.

Hanns Heinz Ewers läßt von sich hören

Berlin, 29. Jan.—Der hervorragende Bühnenkritiker und Dichter Hanns Heinz Ewers hat an alle hervorragenden Zeitungen und Verleger ein Schreiben erlassen, dieselben ersuchend, nichts von seiner Werken über ihn selbst zu veröffentlichen, denn er sei von den amerikanischen Behörden nur auf sein Ehrenwort hin aus dem Internierungslager entlassen worden, daß er nichts publizieren, auch nichts unpolitisches, werde, bis Frieden zwischen Deutschland und den Ver. Staaten hergestellt sei. Hanns Heinz Ewers ist einer der bestbekanntesten deutschen Schriftsteller des modernen Zeitalters und hat sich als Kritiker und Satiriker einen großen Ruf erworben. Als der Krieg mit Amerika ausbrach, befand er sich in New York und wurde wegen seiner reichsdeutschen Gesinnung interniert. Eine Zeit lang war er an der New Yorker Staatszeitung beschäftigt. Es ist obige die erste Nachricht, daß er in Deutschland weilt.

Berger als Kandidat für Gouverneur

Milwaukee, Wis., 29. Jan.—Victor Berger, der zweimal seines Sitzes im Kongress verlustig erklärte sozialistische Abgeordnete vom 5. Distrikt von Wisconsin, wird als Kandidat der sozialistischen Partei von Wisconsin auftritt. So wird aus leitenden sozialistischen Kreisen berichtet. Vom sozialistischen Countykomitee wird angekündigt, daß die Partei keine weiteren Verhände unternehmen wird, den Gouverneur Philipp zur Auskündigung einer neuen Kongresswahl zu bestimmen.